

386/A(E) XXV. GP

Eingebracht am 24.04.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Neubauer, Kitzmüller, Riemer, Mag. Darmann
und weiterer Abgeordneter

betreffend Unterstützung der deutschen Sprachinseln in Oberitalien durch
Gewährleistung des Zugangs zu österreichischen Medien und die Ermöglichung
eines deutschsprachigen Unterrichts

Im oberen Piavetal siedelten sich bereits im elften bis dreizehnten Jahrhundert die
ersten Bewohner, genannt „Plodar“, in der Gegend rund um den heutigen Ort
Sappada bzw. Plodn an.

Nach einigen Phasen der Abwanderung der heimischen Bevölkerung aber auch der
Zuwanderung durch ausschließlich italienisch sprechende Personen, wird in den
letzten Jahren wieder verstärkt die für die Region so eigentümliche Mundart gepflegt.
Leider mangelt es durch Digitalisierung in Österreich in vielen Bereichen am
Zugang insbesondere zu deutschsprachigen Medien. Nicht nur auf Grund der
Abstammung von sondern auch aufgrund der geographischen Nähe zu Österreich
ist der Kontakt zu österreichischen Medien ein wichtiges Element für den Erhalt
dieser mittelhochdeutschen Mundart. Diese Minderheiten fühlen sich vom
italienischen Staat in Ausübung der deutschen Sprache diskriminiert und würden
sich daher von Österreich wesentlich mehr Unterstützung erwarten.

Nicht zuletzt im Sinne der Notwendigkeit des Erhalts der österreichischen bzw. Tiroler
Kultur in diesen Regionen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration
und Äußeres werden aufgefordert, Maßnahmen auszuloten, die geeignet sind, den
Bewohnern der deutschen Sprachinseln im oberitalienischen Raum, wie
insbesondere den Einwohnern von Sappada, den Zugang zu österreichischen
Medien, Rundfunk etc. zu ermöglichen.

Darüber hinaus wird der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres
aufgefordert, mit den für das Schul- und Bildungswesen zuständigen Stellen in
Italien Kontakt aufzunehmen, mit der Zielsetzung, in den genannten Regionen
einen deutschsprachigen Unterricht zu gewährleisten.“

In formeller Hinsicht verlangen die unterfertigten Abgeordneten die Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuss für Menschenrechte.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.